

NIEDERSCHRIFT

über die 1. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom:	10.11.1999
von:	16.00 Uhr
bis:	19.08 Uhr
Ort:	Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender
Stv Boller, Joachim
Stv Dreisbach, Jürgen
Stv Elter, Uwe
Stv Fries, Traute
Stv Dr. Holzäpfel, Heinz
Stv Katz, Reinhilde - ab 18.55 Uhr für Stv Schiemer, Hansgeorg (TOP 5 nöT)
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Stv Köhl, Siegfried
Stv Moll, Ilona
Stv Mues, Steffen - für Stv Mues, Gunter
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Schiemer, Hansgeorg - bis 18.55 Uhr (TOP 5 nöT)
Stv Schulte, Werner
Stv Siebel, Helmut
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang

II. Beratende Mitglieder:

Stv Walter, Klaus-Volker

III. Als Zuhörer im nichtöffentlichen Teil:

Stv Höpfner-Diezemann, Ute
Stv Katz, Reinhilde - bis TOP 5
Stv Morgenschweis, Thomas

IV. Vom Personalrat

VA Bernshausen

V. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StR Dr. Rohr
StBR Brune
Städt. VD Mengel

Städt. OVR Kühn
Städt. VR Weber
Städt. VR Sondermann
VA Schneider
Gleichstellungsbeauftragte Dellori
Referendarin Michel
Referendarin Noak
StAR Dorsch
StAR Munker - als Schriftführerin

Nicht anwesend war:

Stv Mues, Gunter

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (CDU)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Dreisbach bestimmt.

1. HFA 10.11.1999

2. Bestellung der Schriftführerinnen und Schriftführer

Vorlagenr. 21/99 - Vorlage vom 25.10.1999

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen stimmt der Bestellung der Schriftführerin und der Schriftführer gemäß Vorlage zu.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

1. HFA 10.11.1999

3. Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen wählt

- Herrn Stv Gunter Mues zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden und
- Herrn Stv Karl Wilhelm Kirchhöfer zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

1. HFA 10.11.1999

4. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

1. HFA 10.11.1999

5. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

1. HFA 10.11.1999

6. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 GO NW**6.1 Beschilderung in der Frankfurter Straße/Kreuzungsbereich Flurenwende
- Anregung gem. § 24 GO NW der STATT Partei vom 03.08.1999 -**

Vorlagenr. 22/99 - Vorlage vom 01.10.1999

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen bestätigt gem. A Ziff. 4 a) der Anlage II zur Hauptsatzung der Stadt Siegen die Stellungnahme des Bürgermeisters und erklärt die Anregung für erledigt.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

1. HFA 10.11.1999

**6.2 Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NW;
hier: Schreiben der STATT-Partei vom 05.08.1999 zu Verkehrsfluss
und Ampelschaltungen auf Siegens Straßen**

Vorlagenr. 23/99 - Vorlage vom 01.10.1999

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt gemäß A Ziffer 4 b der Anlage II zur Hauptsatzung der Stadt Siegen die Stellungnahme des Bürgermeisters und erklärt die Eingabe für erledigt.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

1. HFA 10.11.1999

**6.3 Anregung und Beschwerden gem. § 24 GO NW der STATT-Partei vom 14.08.1999;
hier: Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Siegen**

Vorlagenr. 24/99 - Vorlage vom 06.09.1999

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen bestätigt gemäß A Ziff. 4 a der Anlage II zur Hauptsatzung der Stadt Siegen die Stellungnahme des Stadtdirektors und erklärt die Anregung der STATT-Partei für erledigt.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

1. HFA 10.11.1999

- 6.4 Säumige Zahlungen von Handwerkerrechnungen durch die Stadtverwaltung;
hier: Anregung/Beschwerde gemäß § 24 GO NW der STATT-Partei vom 14. August 1999

Vorlagennr. 25/99 - Vorlage vom 20.09.1999

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen bestätigt gemäß A Ziffer 4 a der Anlage II der Hauptsatzung der Stadt Siegen die Stellungnahme des Stadtdirektors und erklärt die Anregung/Beschwerde der STATT-Partei für erledigt.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

1. HFA 10.11.1999

- 6.5 Verkehrssituation im Kreuzungsbereich Hauptstraße / Brüderweg im Stadtteil Kaan-Marienborn
Fußgängersicherung
- Anregungen gem. § 24 GO NW
a) der Familie Lixfeld, Hauptstr. 41, ohne Datum, eingegangen am 23.08.1999
b) der Familien Czogalla, Brüderweg 44; Bruch, Brüderweg 216 und Kloos, Im Marienbörnchen 1;
gemeinsamer Antrag vom 19.08.1999
c) der STATT-Partei vom 02.09.1999

Vorlagennr. 26/99 - Vorlage vom 01.10.1999

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen bestätigt gemäß A Ziff. 4 a der Anlage II zur Hauptsatzung der Stadt Siegen die Stellungnahme des Bürgermeisters und überweist die Anregung zur weiteren Beratung an den Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

1. HFA 10.11.1999

- 6.6 Umgestaltung „Markt / Kornmarkt“;
hier: Anregung gem. § 24 GO NW von Herrn Ulrich Manskopf vom 23.08.1999

Vorlagennr. 27/99 - Vorlage vom 07.09.1999

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen bestätigt gem. A Ziff. 4 a) der Anlage II zur Hauptsatzung der Stadt Siegen die Stellungnahme des Stadtdirektors und beschließt, abweichend von der am 25.03.1998 zur Durchführung beschlossenen Planung keine Stellflächen zur Anlage von Dauermarktständen in Teilbereichen der Fißmer-Anlage herzustellen. Die Fißmer-Anlage bleibt somit von der Umgestaltung Markt / Kornmarkt unberührt.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

1. HFA 10.11.1999

- 6.7 Lärmbelästigung in der Straße Fludersbach; Schwerlastverkehr zur Kreismülldeponie
- Anregung gem. § 24 GO NW von Frau Ingrid Troitsch, Fluders-

bach 79, und weiterer Anlieger -

Vorlagenr. 28/99 und 28/99 A - Vorlagen vom 01.10. und 08.11.1999

Herr Stötzel weist darauf hin, dass mit Schreiben vom 08.11.1999 ein Antrag der Schulpflegschaftsvorsitzenden der Lindenberggrundschule eingegangen ist, der sich inhaltlich mit der gleichen Thematik befasst. Er schlägt vor, diesen Antrag auch zur Beratung an den Verkehrsausschuss zu verweisen.

Auf die Frage von Herrn Kirchhöfer erläutert Herr Brune, dass die Stadt Siegen im Genehmigungsverfahren des Kreises Siegen-Wittgenstein für die Sortieranlage für Baustellenmischabfälle nicht beteiligt wurde. Die Verwaltung wird diese Frage aufgreifen.

Herr Boller sieht in der Angelegenheit nicht nur ein Problem des Verkehrsaufkommens und der Lärmbelästigung. Es stellt sich seines Erachtens auch die Frage, ob und inwieweit der Betrieb der Deponie, der zunehmend nicht nur reine Deponie-Abfälle umfasst, so aufrecht erhalten werden kann und welche Alternativen bestehen. Hier sind daher auch grundsätzliche Fragen der Abfallwirtschaft angesprochen.

Frau Fries schließt sich ihrem Vorredner an und schlägt vor, die Anregung zusätzlich an den Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie zu verweisen.

Beschluss (mit Ergänzung des Verwaltungsvorschlages):

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen bestätigt gemäß A Ziff. 4 a der Anlage II zur Hauptsatzung der Stadt Siegen die Stellungnahme des Bürgermeisters und verweist die Angelegenheit zur weiteren Beratung an den Verkehrsausschuss sowie den Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

1. HFA 10.11.1999

7. Sitzungstermine für Rat und Haupt- und Finanzausschuss 2000

Vorlagenr. 18/99 - Vorlage vom 21.10.1999

Beschluss/ Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen / der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen legt folgende Sitzungstermine für das Jahr 2000 fest:

HFA		Rat
12.01.2000		26.01.2000 Einbringung Haushalt
09.02.2000		23.02.2000
08.03.2000		22.03.2000 Verabschiedung Haushalt
12.04.2000		
	Ferien 17.04. bis 29.04.2000	
		03.05.2000
17.05.2000	31.05.2000	
14.06.2000	28.06.2000	
	Ferien 29.06. bis 12.08.2000	
23.08.2000	06.09.2000	
20.09.2000		
	Ferien 02.10. bis 14.10.2000	
		18.10.2000
08.11.2000	22.11.2000	
06.12.2000	20.12.2000	

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

1. HFA 10.11.1999

8. Verteilung der pauschalierten Zuweisung zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit gemäß § 20 Abs. 1 Nr. 4 Gemeindefinanzierungsgesetz 1999

Vorlagenr. 29/99 - Vorlage vom 25.10.1999

Herr Schiemer führt aus, dass die Fördermittel pauschal zugewiesen werden und kein detaillierter Verwendungsnachweis vorzulegen ist. Es sollte jedoch sowohl im Interesse der Vereine als auch im Interesse der Stadt Siegen die bestimmungsgemäße Verwendung der Mittel dokumentiert werden. Die CDU-Fraktion beantragt daher, die Verwaltung zu beauftragen, entsprechende Berichte anzufordern und diese dem Haupt- und Finanzausschuss zur Kenntnis zu geben.

Herr Siebel weist darauf hin, dass der Mittelbedarf für die „Agenda 21“-Maßnahmen weit höher liegen wird. Dieser kann nicht nur aus der pauschalen Zuweisung abgedeckt werden.

Es sollte primäres Interesse der Stadt Siegen sein, so Herr Dr. Stötzel, dass die Zuschüsse effektiv eingesetzt werden. Da die Verteilung auf einem zwischen allen Antragstellern abgestimmten, einheitlichen Vorschlag basiert, sollte dieser auch akzeptiert und nicht der Anschein einer Kontrolle erweckt werden.

Herr Boller stimmt dem Ansinnen zu, die Arbeit der Gruppen transparenter zu machen. Mit der Vorgabe eines Verwendungsnachweises werden aber unnötige bürokratische Hürden aufgebaut. Zudem sind die einzelnen Gruppen untereinander ständig in Kontakt und beobachten die Aktivitäten.

Herr Stötzel schlägt als Kompromiss vor, die Vereine nach Abschluss der Projekte um einen Bericht über die Aktivitäten und die Verwendung der Mittel zu bitten.

Die SPD-Fraktion möchte über den Verwaltungsvorschlag und den ergänzenden Antrag getrennt abstimmen, so Herr Kirchhöfer.

Beschluss (über die Verwaltungsvorlage):

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, den der Stadt Siegen bewilligten Gesamtbetrag in Höhe von 55.423,50 DM entsprechend dem Verwaltungsvorschlag zu verteilen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

Beschluss (über den Antrag der CDU-Fraktion):

Die Verwaltung wird beauftragt, Berichte über die Verwendung der Mittel anzu-fordern und dem Haupt- und Finanzausschuss zur Kenntnis zu geben.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür,

(Gegenstimmen SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN, 0

Enthaltungen)

1. HFA 10.11.1999

9. **Gemeinschaftsaufgabe Frauenförderung**
 Strukturpolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Erwerbschancen von Frauen
 Weiterförderung der Kommunalstelle Frau und Beruf vom 01.07. bis 31.12.2001

Vorlagenr. 36/99 - Vorlage vom 19.10.1999

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, vorbehaltlich einer 80%-igen Förderzusage des Landes NRW, für das Gebiet der Stadt Siegen die Weiterförderung der seit Oktober 1990 bestehenden Kommunalstelle Frau und Beruf für die Zeit vom 01.07. bis 31.12.2001 auf der Grundlage der Förderrichtlinien des Landes NRW zur regionalisierten Strukturpolitik- und Wirtschaftsförderung.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

1. HFA 10.11.1999

**10. Machbarkeitsstudie für den Theaterstandort Apollo-Kino
- Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW**

Vorlagenr. 37/99 - Vorlage vom 25.10.1999

dazu: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 09.11.1999

Herr Siebel kritisiert, dass das Verfahren auch bei diesem Projekt offensichtlich wieder ohne frühzeitige detaillierte Information und Beratung der politischen Gremien abgewickelt werden soll. Der Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses zum Standort Apollo-Theater ist bisher in keinem Punkt ausgeführt worden. Vielmehr entsteht der Eindruck, dass die Zustimmung zu einem Vorentwurf gegeben werden soll, dessen Kosten aus den Angaben in der Vorlage nicht nachvollziehbar sind. Angesichts der Haushaltslage ist dieses Vorgehen nicht vertretbar. Er spricht sich ausdrücklich nicht gegen das Theater-Projekt aus, besteht aber darauf, dass zunächst der Auftrag des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt wird. Die Notwendigkeit einer Dringlichkeitsentscheidung heute ist nicht erkennbar.

Herr Stötzel weist darauf hin, dass die heutige Entscheidung für eine rechtzeitige Beantragung von Fördermitteln notwendig ist und die Stadt Siegen die Chance nutzen sollte, Zuschüsse zu erhalten. Weitere Punkte, auch die Einzelheiten der Auftragsvergabe, sind im anschließenden Verfahren in den zuständigen Gremien zu erörtern. Ein wesentlicher Punkt ist seines Erachtens die rechtliche Absicherung gegen Urheberrechtlichen Ansprüche oder sonstigen Verpflichtungen aus dem Vorentwurf.

Herr Schulte erinnert an die einvernehmliche Entscheidung des Haupt- und Finanz-ausschusses am 22.05.1999 für die Prüfung des Theater-Standortes. Die CDU-Fraktion wird dieses Projekt weiterhin unterstützen und angesichts der zeitlichen Zwangspunkte dem weiteren Vorgehen zustimmen. Die CDU-Fraktion ist jedoch nicht bereit, den in der Vorlage genannten Betrag von 416.000 DM als verbindlich anzusehen. Inwieweit die Kosten des Vorentwurfes letztlich Bestand haben werden, bedarf noch der Klärung.

Die CDU-Fraktion beantragt daher ergänzend, die Maßnahme unter enger Einbindung des Rechnungsprüfungsamtes weiterzuführen, damit der Stadt keine Nachteile, u. a. im Hinblick auf urheberrechtliche Fragen, entstehen.

Nach dem Auftrag des Haupt- und Finanzausschusses hätte er heute klarere Aussagen erwartet, so Herr Kirchhöfer. Für ihn stellt sich u. a. die Frage, ob die Machbarkeitsstudie in der genannten Qualität nach DIN 276 erforderlich ist und ob ggfs. Erfahrungen mit ähnlichen Projekten zu den Überlegungen für eine derart detaillierte Untersuchung geführt haben.

Herr Brune erläutert, dass nach dem Auftrag des Haupt- und Finanzausschusses verwaltungsseitig unter Hinzuziehung von Fachberatern die Frage erörtert wurde, ob auf Basis einer internen Studie ein hinreichend qualifizierter Förderantrag gestellt werden kann. Darüber hinaus sind die Erfahrungen mit dem angesprochenen Projekt „Altes Telegraphenamt“ in die Überlegungen eingeflossen. Dies hat nach Auffassung der Verwaltung zum Ergebnis, dass für die Beantragung eines Zuschusses, der im Übrigen als Festkostenzuschuss gewährt würde, eine Grundlagenuntersuchung mit nachvollziehbaren Kosten zugrunde zu legen ist.

Es ist Ziel der Verwaltung, so Herr Stötzel, alle Vorbereitungen zu treffen und auch die Frage der Zuschussgewährung zu klären, um eine fundierte Entscheidung über das Projekt bis Mitte 2000 herbeizuführen.

Herr Boller betont, dass auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weiterhin hinter dem Theater-Projekt steht. Festzustellen ist jedoch, dass der Auftrag des Haupt- und Finanzausschusses z. B. hinsichtlich der Folgekosten noch nicht erledigt ist. Für die Beurteilung dieser Fragen ist eine künstlerische Konzeption erforderlich, aus der die Kosten für den Spielbetrieb als solchen, und nicht nur für die bautechnische Unterhaltung des Gebäudes erkennbar werden. Für die Einschätzung dieser Kosten und ihrer Finanzierung liegen nur völlig unzureichende Informationen vor. Abschließend ist festzuhalten, dass das bisherige Verfahren nicht akzeptiert werden kann.

Nach weiteren Wortbeiträgen von Herrn Stötzel, Herrn Walter, Frau Fries, Herrn Dr. Holzäpfel und Herrn Siebel wird die Sitzung auf Antrag der CDU-Fraktion von 17.57 Uhr bis 18.10 Uhr unterbrochen.

Herr Schulte erklärt anschließend zu Protokoll: Die CDU-Fraktion wird der Verwaltungsvorlage zustimmen mit der Maßgabe, dass die unter Ziffer 2 des Beschlussvorschlages genannte Summe von 416.000,00 DM der Überprüfung durch den Vergabeausschuss und des Rechnungsprüfungsamtes unterliegt.

Beschluss (mit Ergänzung des Verwaltungsvorschlages):

Weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, fasst der Haupt- und Finanzausschuss gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW folgenden Beschluss:

1. Zur bautechnischen Realisierbarkeit des Projektes wird eine Machbarkeitsstudie mit folgenden Untersuchungsschwerpunkten in Auftrag gegeben:
 1. Architektur
 2. Akustik
 3. Bühnentechnik
 4. Tragwerksplanung
 5. Technische Ausstattung
2. Zur Sicherstellung der Finanzierung von 416.000,00 DM wird in 1999 außerplanmäßig eine Verpflichtungsermächtigung bei der neuen Haushaltsstelle 1.330.9404.0 - 12 Planungskosten Stadttheater Siegen - bereitgestellt und die endgültige Finanzierung im Rahmen der Aufstellung des Haushaltsplanes 2000 vorgenommen:

Die Abdeckung der Verpflichtungsermächtigung in 1999 erfolgt durch Minderung der Verpflichtungsermächtigung bei der Haushaltsstelle 1.665.9506.1 Baukosten Freudenberger Straße (in 1999 keine Inanspruchnahme).
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag auf Förderung der Machbarkeitsstudie bei der Bezirksregierung Arnsberg zu stellen.
4. Der Vergabeausschuss und das Rechnungsprüfungsamt sind im weiteren Verfahren hinsichtlich der Prüfung der Kosten zu beteiligen.

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dafür,

2 dagegen (UWG und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

0

Enthaltungen

1. HFA 10.11.1999

11. Kindertageseinrichtungen
- Festlegung der Betriebskostenzuschüsse für 2000 und Folgejahre

Vorlagennr. 38/99 - Vorlage vom 26.10.1999

Fazit:

Auf Vorschlag der CDU-Fraktion verständigen sich die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses darauf, die Beratung im Zusammenhang mit dem Haushalt 2000 vorzunehmen.

1. HFA 10.11.1999

12. Kenntnisnahme und Zustimmung zu den über- und außerplanmäßigen Ausgaben des III. Quartals 1999

Vorlagennr. 30/99 - Vorlage vom 11.10.1999

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen stimmt den noch nicht genehmigten über- und außer-planmäßigen Ausgaben des III. Quartals des Haushaltsjahres 1999 zu bzw. nimmt davon Kenntnis, und zwar

im Verwaltungshaushalt (Anlage 1) von 877.700,00 DM

im Vermögenshaushalt (Anlage 2) von 157.752,55 DM

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

1. HFA 10.11.1999

13. Bericht über den Haushaltsvollzug per 30. September 1999

Vorlagennr. 34/99 - Vorlage vom 25.10.1999

Herr Baumeister nimmt Bezug auf die Eckdaten der Haushaltsentwicklung und hält fest, dass die negative Tendenz der vorausgegangenen Quartale bestätigt wird.

Insbesondere sind Verwerfungen in folgenden wesentlichen Bereichen festzustellen, auf die die Stadt Siegen keinen unmittelbaren Einfluss hat:

- eine Nachfinanzierung im Einzelplan 4 auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen in Höhe von rd. 2,3 Mio. DM,
- Mehrausgaben bei den Personalkosten von rd. 2,6 Mio. DM auf Grund der Tarifabschlüsse
- Mindereinnahmen beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von rd. 2,7 Mio. DM
- Mindereinnahmen bei Verwaltungs- und Benutzungsgebühren von rd. 1 Mio. DM.

Die Gewerbesteureinnahmen unterliegen nach wie vor erheblichen Schwankungen bei Zu- und Abgängen und sind kaum kalkulierbar. Der Stand zum 30.09.1999 zeigte noch eine Mehreinnahme von rd. 2,5 Mio. DM, die sich zum heutigen Tag jedoch bereits um rd. 700.000 DM verschlechtert hat. Es ist deutlich erkennbar, dass die Mehreinnahmen, insbesondere bei der Gewerbesteuer nicht ausreichen werden, im Jahresabschluss das sich abzeichnende zusätzliche Defizit zu kompensieren.

Daher ist die Verfügung einer haushaltswirtschaftlichen Sperre unter den finanzwirtschaftlichen Gegebenheiten unumgänglich.

Das Volumen des Vermögenshaushaltes beläuft sich unter Berücksichtigung der vorgetragenen Haushaltsreste auf rd. 83 Mio. DM. Nach aktuellem Stand sind davon rd. 40,4 Mio. DM = 48% des Vermögenshaushaltes real bewirtschaftet. Es ist zum wiederholten Male erkennbar, dass die zeitlichen Abläufe bei der Abwicklung von Baumaßnahmen zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellung nicht punkt-genau einschätzbar sind und ggf. auch das zur Verfügung stehende Finanzvolumen zu umfangreich ist.

Eine besondere Problematik resultiert auch daraus, dass die vom Rat beschlossenen Erlöse aus dem Verkauf von Aktien auf Grund der festgelegten Veräußerungsparameter noch nicht realisiert werden konnten.

Abschließend ist festzuhalten, so Herr Baumeister, dass die Einhaltung der Eckdaten im Haushaltsabschluss äußerst problematisch sein wird und eine kurzfristige Verbesserung der Rahmenbedingungen nicht erkennbar ist.

Herr Kirchhöfer nimmt Bezug auf die Höhe der bisher in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen und merkt an, dass dieser Bereich im Rahmen des Haushaltes 2000 seines Erachtens einer genaueren Betrachtung bedarf und bereinigt werden müsste.

Fazit:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den Bericht zur Kenntnis.

1. HFA 10.11.1999

14. Haushaltswirtschaftliche Teilsperre nach § 28 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO)

Vorlagenr. 35/99 - Vorlage vom 22.10.1999

Fazit:

Der Haupt- und Finanzausschuss sowie der Rat der Stadt Siegen nehmen die verfügte haushaltswirtschaftliche Teilsperre nach § 28 Gem HVO zur Kenntnis.

1. HFA 10.11.1999

15. Vorbereitung der Teilnahme an der ordentlichen Hauptversammlung der RWE AG, Essen, am 18.11.1999
- Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW -

Vorlagenr. 41/99 - Vorlage vom 25.10.1999

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW, dem Vertreter der Stadt Siegen in der ordentlichen Hauptversammlung der RWE AG am 18. November 1999 zu den vorgelegten Beschlussvorschlägen keine Weisung zu erteilen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür
(1 Gegenstimme BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

1. HFA 10.11.1999

16. Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus
besonderem Anlaß gemäß § 14 Ladenschluss-gesetz
hier: Ladenöffnungszeiten am Sonntag, dem 03.10.1999, für den Marktbezirk Weidenau bis
Ferndorfbrücke anlässlich des Herbst- und Bürgerfestes im Siegerlandzentrum Weidenau

Vorlagenr. 31/99 - Vorlage vom 13.09.1999

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung vom 16. September 1999, dass aufgrund des in der Verwaltungsvorlage erläuterten Sachverhaltes der Stadtdirektor zum Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass am 03.10.1999 ermächtigt wird.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Gegenstimme SPD-Fraktion)

1. HFA 10.11.1999

17. **Wegeeinziehung in der Stadt Siegen;
hier: Einziehung eines Teilstückes der Straße „Papierfabrik“**

Vorlagenr. 3924/99 - Vorlage vom 05.07.1999

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. §7 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) vom 01.08.1983 (GV NW S.306) in der z. Z. geltenden Fassung die Einziehung des Endstückes der Straße "Papierfabrik" ab der Einfahrt zur neuen Tankstelle bis zur Grenze zum Grundstück des SB-Handelshofes.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

1. HFA 10.11.1999